

Never ending Stories

Ein Déjà-vu jagt das nächste. Immer wieder die gleichen, nie enden wollenden Geschichten. Jetzt kommt die CDU tatsächlich mit dem alten Hit **Magnetschwebebahn** wieder um die Ecke. Ist das Thema nicht längst für Berlin gestorben?

Auch eine andere *never ending story* ist wieder im Gespräch. Die **Randbebauung** des Tempelhofer Feldes. In einem Entwurf des Wahlprogramms, das dem **Tagesspiegel**, wem sonst, exklusiv vorliegt, legt sich die SPD fest, den Rand nicht zu bebauen, bevor alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Das Thema muss nicht mehr diskutiert werden. Es wird keine Randbebauung geben, never ever.



Lars Klingbeil rief nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden 2021 die Zwanziger Jahre zum „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ aus. Im Januar 2022 traf sich die SPD-Spitze auf dem **EUREF-Campus** zum

Auftakt des Wahljahres, in dem vier Landtage neu bestimmt werden sollten.



Am 22. Januar 2022 waren die Spitzenkandidaten der SPD für die anstehenden Landtagswahlen noch frohen Mutes, v.l.n.r. **Thomas Losse-Müller** (Schleswig-Holstein), **Anke Rehlinger** (Saarland), **Thomas Kutschaty** (NRW), Bundeskanzler **Olaf Scholz**, die Parteivorsitzenden **Saskia Esken** und **Lars Klingbeil** sowie **Stephan Weil** (Niedersachsen). Fotos: Ed Koch

Das Ergebnis war ein 50:50-Sieg. Im Saarland gewann die SPD am 27. März die absolute Mehrheit, am 8. und 15. Mai musste sie sich in Schleswig-Holstein und NRW der CDU geschlagen geben, konnte aber nach dem 9. Oktober in Niedersachsen weiterhin den Ministerpräsidenten stellen.

In der Mitte des „sozialdemokratischen Jahrzehnts“ steht die SPD schlecht wie nie da. Die DDR hatte sich stets auf Fünf-Jahres-Pläne verständigt, die meis-

tens scheiterten, zehn Jahre vorausblicken zu wollen, musste erst recht schief gehen.

Und nun folgt das nächste Déjà-vu in der Begrifflichkeit: Die Berliner SPD ruft das „**Jahrzehnt der Investitionen**“ aus. „Neben dem Wohnungsbau“, berichtet der **Tagesspiegel**, „haben für die Berliner Sozialdemokratie die Sanierung der Straßen und Brücken und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs Priorität. Auch Investitionen in die Energie- und Wärmewende, in Schulen und Kitas, in Krankenhäuser und in die Verwaltung und Digitalisierung „müssen auf die Straße kommen“, heißt es im Entwurf des Wahlprogramms.

Investiert werden soll aber nicht in den Weiterbau der A100. Dann doch lieber die Mittel in den öffentlichen Nahverkehr und in Fuß- und Radverkehr fließen lassen. Diese Überlegungen sind nicht nachvollziehbar, weil den Ausbau der A100 der Bund finanziert und kaum bereit sein wird, die Mittel dafür in die Radweginfrastruktur Berlins umzuleiten.

Punkten will die SPD mit dem Thema Wohnen, wobei es vornehmlich um den Bau neuer Wohnungen geht. 100.000 sind für die kommende Legislaturperiode angedacht, also 20.000 pro Jahr. Ein Ziel, das nie erreicht wurde. Nach einem Höchststand von knapp 19.000 Wohnungen im Jahr 2019 stagnierten die Zahlen in den letzten Jahren bei rund 15.000 bis 16.000 Einheiten. 2019 war übrigens **Katrin Lompscher** (Die Linke) Bausenatorin.

Wussten Sie, dass der parteilose **Hans Scharoun** 1945 Berlins erster Baustadtrat im Gesamtberliner Magistrat war? Ein Baustadtrat, der selbst baute, zum Beispiel zwischen 1956 und 1963 die Philharmonie. Nach Scharoun haben 14 Sozialdemokraten, vier CDU-Politiker, zwei der Linken und einer der FDP das Bauressort verantwortet. Die SPD sollte es sein lassen, wieder mit einer Zahl zu kommen, die sich bislang als unrealistisch erwiesen hat. Sagt doch einfach, wir bauen, was möglich ist und versuchen, dies möglich zu machen, anstatt sich selbst unter Zugzwang zu setzen. Man muss kein Mitleid mit dem amtierenden Bausenator **Christian Gaebler** haben, wenn er mal wieder in der Abendschau verkündet, dass die 20.000-Marke verfehlt wurde. Schon 1981 sang **Nicole**: *Flieg nicht zu hoch, mein kleiner Freund*. Wie viele Wohnungen 1981 gebaut wurden, war nicht zu ermitteln, wohl aber, dass es in diesem Jahr gleich drei Bausenatoren gab: **Harry Ristock** und **Peter Ulrich** (beide SPD) und **Ulrich Rastemborski** (CDU), der Mann, der eines Tages plötzlich verschwand und nicht ins Amt zurückkehrte. Tja.

Ed Koch